



**NEWS**

**Arbeitslosigkeit bleibt bei 2,6 Prozent**

**Bern** – Die Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt hat sich zum Jahresstart 2022 wenig verändert. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Dezember zwar leicht gestiegen, die Arbeitslosenquote verharrte jedoch bei 2,6 Prozent.

**CS-Experten rechnen mit Zinsanstieg**

**Zürich** – Die Experten der Credit Suisse gehen in einer neuen Studie davon aus, dass die Schweizerische Nationalbank im Jahr 2023 den Leitzins zwei Mal um insgesamt 0,5 Prozentpunkte anheben wird. Bisher hatte die CS weder für 2022 noch für 2023 einen Zinsschritt der SNB vorausgesagt.

**Alpiq plant grösste Solaranlage im Wallis**

**Zürich** – Der Energiekonzern Alpiq plant in Gondo VS die grösste Solaranlage in den Schweizer Alpen. Das Projekt Gondosolar an der Grenze zu Italien will sich zunutzen machen, dass die Sonnenstrahlung in höheren Lagen stärker ist als im Mittelland und zudem die Wolkenbedeckung relativ gering.

**Polizei bremst Covid-Autodemo aus**

**Bern** – Die Berner Polizei hat gestern eine unbewilligte Auto-Kundgebung massnahmenkritischer Kreise mehrheitlich unterbunden. Der Bundesplatz wurde frühzeitig für den Verkehr abgeriegelt. Teilnehmer hatten im Vorfeld gedroht, Bern blockieren zu wollen.

**Bern will rasches Ende der Zertifikatspflicht**

**Bern** – Die Berner Kantonsregierung unterstützt grundsätzlich die rasche Aufhebung der verbliebenen Corona-Massnahmen in einem Schritt am 17. Februar. Sie will aber, dass die Maskentragpflicht weitere drei bis vier Wochen gilt.



Faxgeräte stehen für Kommunikation in der vordigitalen Zeit.

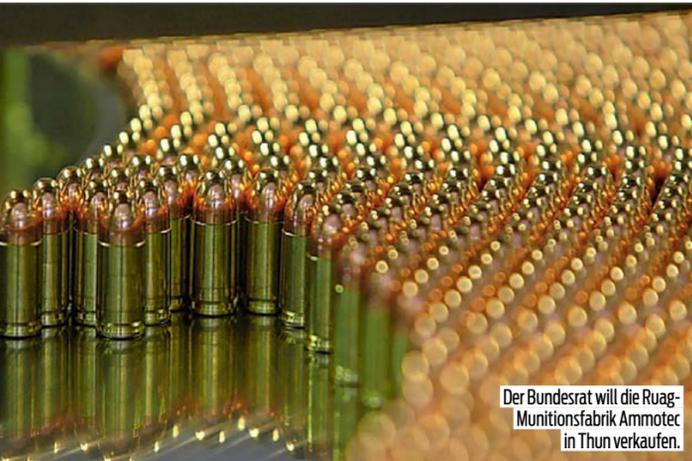
Sammlung zu Corona gewesen», so Jaquemet.

Gut möglich, dass sich das Museum bald aus vielen weiteren Tweets und Memes bedienen kann, in denen darüber gelästert wird, was das BAG für Faxen macht.

**BÖRSEN & DEVISEN**

SMI	12193.8 (+0.4%) ↗
DOW JONES	35091.1 →
EURO/CHF	1.05 ↘
USD/CHF	0.92 →
GOLD	54 079 Fr./kg ↗
ERDÖL	92.52 \$/Fass ↘

**Bank in Sicht  
Kauf ins Ausland**



Der Bundesrat will die Ruag-Munitionsfabrik Ammotec in Thun verkaufen.

einer Motion hatte sich Salzmann dafür eingesetzt, die Ruag-Tochter zu erhalten, um die Versorgungssicherheit von Armee und Polizei zu gewährleisten. Die Munitionssparte sollte in Schweizer Hand bleiben.

Dafür aber stünden die Chancen schlecht, schreibt Tippingpoint. **Unter den Bietern sei kein einziger Schweizer Investor.** Es

handle sich neben Beretta um den **norwegischen Staatsbetrieb Nammo sowie die beiden tschechischen Konzerne Czechoslovak Group und CZ Group.**

Die Preisspanne für die Schweizer Munitionsfabrik liege zwischen 350 und 400 Millionen Franken, heisst es. Die Beteiligten selber geben sich alle äusserst zugeknöpft. DANIEL BALLMER

**Gegner der Tabak-Initiative nehmen kleine Kantone ins Visier  
Rauchzeichen über dem Land**

Eine Mehrheit der Bevölkerung dürfte am Sonntag die Zigarettenwerbung für Jugendliche verbieten. Bei der jüngsten Umfrage von GfS Bern lag die Zustimmung bei 63 Prozent.

Die Gegner haben nur noch eine Chance: das Tabakwerbeverbot am Ständemehr scheitern lassen. Denn weil es sich um eine Initiative handelt, muss nicht nur die Mehrheit des Volks, sondern auch jene der Kantone Ja sagen.

**Das Ständemehr wird Vorlagen immer wieder zum Verhängnis.** Je mehr sich die Zustimmung in der Bevölkerung der 50-Prozent-Grenze nähert, desto eher kann eine Vorlage am Ständemehr scheitern.

Die Gegner setzen ihre ganze Kraft in denjenigen Kantonen ein, die kippen könnten. Natürlich fliesst Geld von den Tabakkonzernen in den Abstimmungskampf. Aber es gebe auch Gratiswerbefläche von Werbevermarktern und Medien, so der Insider.

**Man muss nicht lange rätseln, in welchen Kantonen die Abstimmung entschieden wird.** «Die Gegner des Tabakwerbeverbots hoffen, die kleineren Deutschschweizer Kantone auf ihrer Seite zu haben», sagt Politikwissenschaftler Claude Longchamp (64). Das wären schon mal sieben Nein-Kantone.

Das reicht nicht. Also müssen sie «einen Kranz weiterer Kantone gewinnen», wie sich der Politbeobachter ausdrückt. «Erfahrungsgemäss sind das St. Gallen, Luzern, Aargau, Solothurn und Thurgau», so Longchamp. «Dann wird es



Die Gegner des Tabakwerbeverbots konzentrieren sich auf ländliche Kantone.

spannend, denn das gibt erst zwölf Ständesstimmen – eine zu wenig.» Diese fehlende Stimme holten sich die Gegner am wahrscheinlichsten in Graubünden, Basel-Landschaft oder im Tessin.

**Inserate und gezielt platzierte Artikel dürften für eine Kampagne in solchen Kantonen hilfreich sein,** so



Politologe Claude Longchamp kommentiert am Sonntag den Abstimmungstag auf Blick TV.

Longchamp, der den Abstimmungssonntag

auch dieses Mal auf Blick TV kommentieren wird. Um das Ständemehr zu kippen, ist in der Deutschschweiz die Agentur Kommunikationsplan eingespannt worden. Einen Hinweis auf deren Aktivitäten gibt eine Auswertung von Année Politique Suisse (APS) an der Universität Bern. Diese zeigt, dass es ungewöhnlich viele Anzeigen zum Tabakwerbeverbot gab. In den untersuchten Zeitungen waren es 351. Mit insgesamt 410 Inseraten wurden einzig zum Medienpaket mehr Anzeigen geschaltet.

**Während die beiden Studienautoren Anja Heidelberger und Marc Bühlmann mit ihrem Team zum Medienpaket überwiegend Pro-Inserate zählten, war es beim Werbeverbot umgekehrt.** Was besonders auffällt: Die In-

serate gegen das Tabakwerbeverbot finden sich häufig nicht in Zeitungen, die ihre Leser in Zürich, Bern oder Basel haben, sondern vielmehr in Zentralschweizer Medien oder beispielsweise in St. Gallen.

**Doch am Sonntag wird nicht nur entscheidend sein, wie die genannten Kantone mehrheitlich stimmen.** Wie GfS Bern zur Umfrage schreibt, wäre für einen Umschwung beim Ständemehr auch eine starke Mobilisierung «vor allem auch in katholischen Regionen mit historisch starker Mitte nötig». Doch die Mitte-Partei ist gespalten: In elf Kantonen hat sie die Ja-Parole beschlossen – in elf anderen sagt sie Nein. Nein sagt auch die Junge Mitte, während die Mittele Frauen fürs Verbot sind.

PASCAL TISCHHAUSER

**Zürcher Freisinn steht vor Richtungsentscheid  
«Ausprobieren» oder auf  
«das Machbare» setzen?**

Heute Dienstag entscheidet der Zürcher Freisinn, wer für ihn in einem Jahr den Sitz im Regierungsrat zurückerobert soll, der 2019 an den Grünen Martin Neukom (36) ging. Es ist ein Stück weit eine Richtungswahl, der das Selbstverständnis der wichtigen Kantonalpartei bestimmen könnte. Denn mit dem Küsnachter Gemeindepräsidenten Markus Ernst (49) und Avenir-Suisse-Direktor Peter Grünenfelder (54) stehen sehr unterschiedliche Persönlichkeiten zur Auswahl.

**Persönlichkeiten, die auch zeigen, wie breit man den Begriff «liberal» heute auslegen kann.** Beispiel Ausländerstimmrecht: Ernst lehnt ein solches ab, Grünenfelder hingegen findet, dass Gemeinden, die das wollen, Erfahrung damit sammeln sollten. Ohne grosses Tamtam, einfach mal in Pilotversuchen.

Beispiel Klimapolitik: Ernst setzt auf lokal produzierten Strom statt fossile Brennstoffe, Grünenfelder nennt schattenspendende Bauten, hitzeresistente Pflanzen und Mobility Pricing.



Der Küsnachter Gemeindepräsident und Unternehmer Markus Ernst möchte das Vertrauen der Zürcher in die Politik wieder herstellen.



Avenir-Suisse-Direktor Peter Grünenfelder kandidiert, weil er Zürich wieder zur «Lokomotive der Schweiz» machen will.

Ernst ist seit 2013 Küsnachter Gemeindepräsident und hat die klassische Ochsentour absolviert. **Grünenfelder hingegen hatte noch nie ein politisches Amt inne.** Er sieht das keineswegs als Nachteil: Markus Ernst stehe für die traditionelle politische Karriere – er hingegen für «liberalen Aufbruch und Erneuerung».

**Und weniger Staat, sollte man hinzufügen.** Als Direktor einer «liberalen Denkfabrik» schiesst er seit Jahren gegen den vermeintlich aufgeblähten Staat – würde

er gewählt, würde er diesen mit Sicherheit auf Diät setzen.

Grünenfelder will frischen Wind in die Zürcher Politik bringen. Sein Standardsatz: «Zürich muss wieder Lokomotive der Schweiz werden.» **Er will die Steuern senken, Start-ups anziehen und generell wieder «mehr ausprobieren».** Für ihn ist klar, Zürich muss sich mit London, Singapur, Hongkong messen.

Ausprobieren und sich den Kopf einrennen? Markus Ernst verweist auf seine langjährige Erfahrung und sein **«Gespür da-**

**für, was tatsächlich machbar ist».** Sein Hauptziel ist, die Gräben, die die Corona-Politik aufgerissen hat, zuzuschütten, um «das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik zurückzugewinnen».

Der Küsnachter vertritt zudem das ländliche Zürich – das könnte ein Vorteil für ihn sein. Denn mit Carmen Walker Späh (64), die bei den Wahlen 2023 wieder antritt, sitzt schon eine Stadtzürcherin für die FDP im Regierungsrat. **Ernst will die Stimme für die ländlichen Regionen Zürichs sein, die er in der Kantonsregierung untervertreten**

sieht. Egal, ob sich die Zürcher FDP fürs «Ausprobieren» oder «das Machbare» entscheidet: Ob die FDP den Sitz überhaupt holen kann, ist fraglich. Wie gross die Chancen sind, wieder zu zweit in der Regierung vertreten zu sein, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, ob Finanzdirektor Ernst Stocker (66, SVP) und Bildungsdirektorin Silvia Steiner (64, Mitte) im Februar nochmals antreten. Eine Vakanz würde die Chancen der FDP sicher erhöhen. LAURA MONTANI, SERMİN FAKI